

29.06.2016 - 16:49 Uhr

100 Millionen für Vereinbarkeit sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein

Bern (ots) -

Der Bundesrat will 100 Millionen Franken zur Verfügung stellen, um die Kosten für die Drittbetreuung zu senken und das Betreuungsangebot an die Bedürfnisse der Eltern anzupassen. Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, begrüsst diese Verbesserungen. Doch das reicht bei weitem nicht. Angesichts künftigen Herausforderungen ist die Eidgenossenschaft aufgefordert, ein Rahmengesetz für die Infrastrukturen zu Gunsten von externer Kinderbetreuung und betreuenden Angehörigen zu schaffen.

Ein Tropfen auf den heissen Stein: So muss die heutige Entscheidung des Bundesrates zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingeordnet werden. Die Stossrichtung ist zwar klar positiv, insbesondere angesichts der im internationalen Vergleich sehr teuren externen Kinderbetreuung - sie kostet in der Schweiz drei Mal mehr als in den grossen europäischen Städten. Das bremst eine erhöhte Erwerbstätigkeit von Eltern auf dem Arbeitsmarkt.

"Die Familienpolitik als Ganzes muss dringend überdacht werden", sagt Valérie Borioli Sandoz, Verantwortliche für Gleichstellungspolitik bei Travail.Suisse. "56 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung hat sich 2013 deutlich für einen Verfassungsartikel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgesprochen - leider ist er am Ständemehr gescheitert".

Kontakt:

Valérie Borioli Sandoz, Verantwortliche Bildungspolitik
Travail.Suisse, Mobile: 079 598 06 37

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100020454/100790096> abgerufen werden.